Aus den Verbänden

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **34 (1942)**

Heft 8

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353089

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Solothurn: Vollziehungsverordnung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm 1937—1939 betr. Ausrichtung von Staatsbeiträgen vom 24. 3. 1937. Vollziehungsverordnung zum 2. Arbeitsbeschaffungsprogramm 1940 vom 29. 10. 1940.

Schwyz: Vgl. oben.

Zug: VO. über die Ausrichtung von Arbeitsbeschaffungsbeiträgen an Umbau-, Reparatur- und Renovations-Arbeiten an Privatbauten vom 27. 11. 1940.

Stadt Zürich: Reglement über die Gewährung von Beiträgen an Umbau- und Renovationsarbeiten an privaten Liegenschaften der Stadt Zürich vom 24. 12. 1937.

Die Erlasse können nachgeschlagen werden in den jährlich erscheinenden Sonderheften «Die schweizerische Sozialgesetzgebung», herausgegeben vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement. Es ist zu beachten, dass auf diesem Gebiet beständig neu legiferiert wird, so dass das obige Verzeichnis auf Vollständigkeit nicht Anspruch erheben kann.

Aus den Verbänden.

Der Schweizerische Eisenbahner-Verband im Jahre 1941.

In einem stattlichen Buche von 260 Seiten berichtet der Schweizerische Eisenbahner-Verband (SEV.) über seine Verrichtungen im vergangenen Jahre. Dem eigentlichen Bericht geht ein Vorwort voraus, das die grossen Weltereignisse Revue passieren lässt, die nun seit Jahren einen so beängstigenden Schatten auch auf unser Land werfen. Zu den Schwierigkeiten übergehend, die die Ausdehnung des Krieges für die Schweiz mit sich gebracht hat, kommt der Bericht wie schon im vergangenen Jahr auf die Gefahr des Auseinanderfallens der Preise und Löhne zu sprechen und stellt fest: « In dieser Beziehung und in der Frage der Verteilung der Opfer auf dem Gebiete der Steuern ist im Berichtsjahre eine fühlbare und nicht ungefährliche Verschärfung eingetreten. Die wirtschaftlich Schwachen sind zu stark, die wirtschaftlich Starken zu wenig belastet worden. Es fehlte auch am psychologischen Einfühlungsvermögen der Behörden. Gegen Ende des Jahres wurden gewisse Korrekturen zugestanden. Die entsprechende Spannung konnte damit auch gelockert werden. » Fortfahrend wird erklärt: « Auch unser Volk wird rechtzeitig daran denken müssen, was nach dem Kriege kommt. Wenn auch grosse Vorsicht gegenüber den Verheissungen der Kriegführenden am Platze ist, so ist doch damit zu rechnen, dass wir nicht einfach dort fortfahren können, wo wir 1939 oder gar 1914 aufgehört haben. Der

Krieg ändert die Verhältnisse, er ändert auch die Menschen. Vieles, was vor dem Kriege Gültigkeit hatte, wird nachher ungültig sein. Insbesondere ist in bezug auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Volkes mehr Gerechtigkeit nötig, wenn ernste Erschütterungen vermieden werden sollen. An schönen Reden fehlte es im Jubiläumsjahre der Eidgenossenschaft nicht. In der Zeit aber, in der wir leben, zählen nur die Taten. Das Feiern der Taten unserer Vorfahren hat nur einen Sinn, wenn wir fähig und gewillt sind, durch gerechte Lösung der uns gestellten Aufgaben das Werk, das uns die Väter zurückgelassen haben, fortzuführen.

Hinsichtlich des SEV. wird gesagt, dass er « ein Jahr ernster und äusserst intensiver Arbeit hinter sich » habe. « Es fehlte dabei nicht an Enttäuschungen; aber auch erfreuliche Erfolge blieben nicht aus. Von besonderer Bedeutung ist die am Ende des Jahres mit dem Bundesrat erzielte Verständigung in der Frage der Zulagen für das Jahr 1942. Neben der grossen Wichtigkeit dieses Erfolges für unsere Mitglieder kommt ihm auch erhebliche staatspolitische und allgemein soziale Bedeutung zu. Der SEV. darf, ohne unbescheiden zu sein, einen erheblichen Teil dieses Erfolges für sich in Anspruch nehmen. Er hat in schwerer Zeit zielbewusst und unentwegt seine Pflicht erfüllt. Diese Pflichterfüllung ist nichts anderes als das ehrliche Streben, seinen Mitgliedern zu dienen, ist der Dienst am Schweizervolk und an seinem freien, demokratischen Staatswesen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft. »

Auch die Beziehungen des SEV. zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund werden in dem Bericht berührt, und da der Generalsekretär des ersteren zugleich als Präsident des letzteren amtiert, käme es sicher einer Pflichtversäumnis gleich, würden wir einige Bemerkungen an dieser Stelle nicht im Wortlaut übernehmen. Es heisst darin u. a.:

« Es soll nicht verschwiegen werden, dass sich im Gewerkschaftsbund seit einiger Zeit gewisse Spannungen bemerkbar machen, die nach dem Kongress nicht kleiner geworden sind. Sollte versucht werden, den Gewerkschaftsbund in ein einseitig politisches Fahrwasser abzudrängen, so müsste die Stellung unseres Verbandes in dieser Spitzenorganisation neu überprüft werden. »

« Auf Ende des Jahres ist der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Kollege Konrad Ilg, aus dem Bundeskomitee ausgetreten. Der Rücktritt des Kollegen Ilg ist sehr zu bedauern. Seine grossen Verdienste um den Gewerkschaftsbund sollen auch hier ausdrücklich anerkannt werden. Es ist bei diesem Rücktritt nicht zu übersehen, dass der Metallarbeiterverband ungefähr einen Drittel aller Mitglieder des Gewerkschaftsbundes stellt. Es ist nicht zuletzt das Verdienst dieses grossen Verbandes, wenn der Gewerkschaftsbund seine Mitgliederzahl trotz Krieg ohne nennenswerte Verluste hat halten können. »

Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 32,345 gegen 31,574 am Jahresbeginn, was einer Vermehrung um 771 entspricht. An Einnahmen verzeichnete der Verband insgesamt Fr. 970,788.34, wovon Fr. 743,931.— aus Mitgliederbeiträgen. Die Ausgaben bezifferten sich auf insgesamt Fr. 957,358.75, so dass ein Einnahmenüberschuss von Fr. 13,429.59 verbleibt.

Die Generalbilanz der Genossenschaft der Ferienheime schliesst in Aktiven und Passiven mit einem Betrag von Fr. 1,965,676.49. Die Anlagen der drei Ferienheime (Brenscino, Grubisbalm und Sonloup) stehen mit Fr. 1,965,676.49 zu Buche.

Die Versicherungskasse SEV. zählte am Jahresende 39,139 Mitglieder, die Versicherungssumme betrug Fr. 44,752,310.—, die Kapitalreserve Fr. 18,424,803.62. Die Leistungen haben sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

	1941 Fr.	1940 Fr.	1939 Fr.
Versicherungen	1,026,780.50	957,427.70	909,100.—
Prämienrückerstattungen . .	53,987.75	58,743.60	67,823.50
Ueberschussanteile	53,776.—	47,876.—	41,492.—
Prämienrabatt	6,598.85	6,679.85	6,859.30
Total	1,141,143.10	1,070,727.15	1,025,274.80

Alles in allem vermittelt der Bericht das Bild einer in sich festgefügten, in steter Entwicklung begriffenen Organisation.

Dieser Eindruck wurde auch durch den Verlauf des Verbandskongresses bestätigt, der Ende Mai in Bern stattfand. Neben Fragen des Beförderungswesens, die ja zugleich auch immer Fragen des Besoldungswesens sind, wurden die Verhandlungen fast ganz von zwei Referaten beherrscht, die der Generalsekretär, Koll. Robert Bratschi, an die Delegierten hielt und die beide, wie die Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen ergab, die vorbehaltlose Zustimmung des Kongresses fanden. Im ersten Referat behandelte Bratschi vor allem das schon in dem Bericht kurz gestreifte Problem der Preise und Löhne, wobei er die Forderung aufstellte, dass über den hälftigen Lohnausgleich hinausgegangen werden müsse. Auf sozialpolitischem Gebiet bezeichnete er als dringendste Aufgabe den Kampf gegen mögliche Arbeitslosigkeit, « die nach dem Krieg, unter Umständen sogar während des Krieges kommen kann. » Das vom Bund ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde demgemäss von dem Referenten begrüsst. Als zweite wichtige Forderung nannte er die Schaffung einer Altersversicherung. Wörtlich erklärte der Referent hierzu: « Wenn nach dem letzten Krieg gewissermassen als Preis für die Opfer, die der Arbeiterschaft auferlegt worden waren, der Achtstundentag kam, dann muss im Anschluss an diesen Krieg die Altersversicherung verwirklicht werden können. » Die Frage: « Wo stehen die Gewerkschaften? Wo steht insbesondere der SEV? »

beantwortete der Redner wie folgt: « Unsere Parole lautet: Grösste Zurückhaltung bei gewöhnlichen politischen Auseinandersetzungen und Händeln; Eingreifen mit aller Macht und bei Wahlen, wenn die Freiheiten unseres Volkes irgendwie in Gefahr sind. » Und den Blick über die Schlachtfelder hinauswendend, erklärte er, damit zugleich die Forderungen des Verbandes für die neue Friedensordnung anmeldend: « Ohne grosse soziale Gerechtigkeit wird es keinen wirklichen, wird es keinen dauernden Frieden geben. Das gilt für die Kriegführenden, das gilt für die Neutralen in gleicher Weise, und hier haben wir das Recht und die Pflicht, mitzureden. » Im Zusammenhang hiermit verwies Bratschi auf die « grossen sozialen Umwälzungen », deren Schauplatz nicht zuletzt England und Amerika heute sind, und bemerkte: « Diese neuen Anschauungen müssen auch in unserem Lande Boden fassen. Die Aenderung in der geistigen Einstellung von Mensch zu Mensch, von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer und in der Einstellung des Staates zu der Arbeiterschaft ist auch in der Schweiz nötig ... » Zum Schluss forderte er, dass man gegenüber Unwürdigen und Schwächlingen härter werden müsse. « Vielleicht », so meinte Bratschi unter starkem Beifall des Kongresses, « müssen einige Landesverräter sterben, damit das Schweizervolk in Freiheit leben kann. » — Das zweite Referat hatte fast ausschliesslich interne Bedeutung und war der Personalversicherung gewidmet.

Alle im Sinne der Referate gehaltenen Resolutionen fanden die fast einstimmige Zustimmung des Kongresses. Unter den übrigen Entschliessungen ist die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Prozent bemerkenswert, der dadurch von Fr. 24.— auf Fr. 26.40 im Jahre gebracht wird.

Einen überaus hoffnungsvollen Ausklang fand der harmonisch und eindrucksvoll verlaufene Kongress durch das Schlusswort seines Präsidenten, des Ständerats Gustav Wenk. Er erklärte:

« Wir hoffen, dass es uns gelingen werde, unsere Organisation zu einem sicheren Brückenkopf auszubauen für die Forderungen der Eisenbahnerschaft und das arbeitende Volk überhaupt und dass wir uns im kommenden Jahr in einem Europa treffen können, in dem Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit Schutz und Schirm geniessen! »

Der Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter im Jahre 1941.

« Unser Verband befindet sich wieder im Aufstieg. Die Zahl sowohl der eingeschriebenen als auch der vollzahlenden Mitglieder hat sich vergrössert. Die durch die Kriegsereignisse im Jahre 1939 und 1940 verursachten vorübergehenden Lähmungserscheinungen sind überwunden, durch Militärdienst entstandene Lücken im Vertrauensleutekader wieder geschlossen. » Schon auf der ersten Seite

des in ein ausserordentlich ansprechendes Gewand gekleideten Tätigkeits- und Rechnungsberichts für das Jahr 1941 begegnet man dieser zuversichtlich stimmenden Feststellung, die dann im weiteren Teil des Berichts eine eindrucksvolle Unterstreichung erfährt. Im Verlauf des Berichtsjahres ist die Mitgliedschaft von 22,776 auf 23,367, also um 591 gestiegen, nachdem sie in den beiden voraufgegangenen Jahren ständig gefallen war, wenn auch der frühere Höchststand noch nicht wieder voll erreicht werden konnte. Desgleichen zeigt die Beitragsleistung ein Ansteigen von rund 1,4 auf annähernd 1,5 Millionen Franken. Die Mitgliederzunahme entfällt ausschliesslich auf das weibliche Geschlecht, deren Zahl sich von 6008 auf 6626 erhöht hat, während die männlichen Mitglieder eine kleine Abnahme von 16,768 auf 16,741, also einen fast unveränderten Bestand aufweisen. Die zahlenmässig stärkste Gruppe ist die des Handelshilfspersonals, das 19,2% der Mitgliedschaft stellt; ihr folgt die der Chauffeure (16,9%). Stellt man nur auf die zahlenden Mitglieder ab, so beträgt die Steigerung am Ende des Berichtsjahres sogar 875 Mitglieder und ist der Stand des Jahres 1939 fast wieder erreicht worden.

Die Beitragseinnahmen während der letzten drei Jahre haben sich wie folgt entwickelt:

	1939 Fr.	1940 Fr.	1941 Fr.
Sektionen	237,890.88	212,083.03	224,648.59
Zentralkasse	447,827.88	387,656.25	442,533.79
Hilfskasse	112,452,06	153,392.50	166,199.49
Fonds für Abfindungen	54,639.60	52,163.95	54,418.50
Solidaritätsfonds	57,934.53	100,985.67	81,587.68
Arbeitslosenversicherungskasse	675,194.15	507,605.55	528,269.25
	1,585,939.10	1,413,886.95	1,497,657.30

Der Einnahmenrückgang des Solidaritätsfonds ist lediglich das Ergebnis einer inneren Verrechnung, da diesem zwecks Vermeidung einer Mehrbelastung der Wehrmänner der Beitrag entnommen wurde, den die letzteren laut Bundesratsbeschluss in halber Höhe an die Arbeitslosenkassen abzuführen haben. Bei der Zentralkasse fällt entscheidend ins Gewicht, dass ihr Anteil an den neuen Mobilisationsmarken höher ist als den zum Teil im Jahre 1940 abgegebenen. Wie dem Bericht weiter zu entnehmen ist, waren im Jahresdurchschnitt 2400 Kollegen im Dienst, gegen 3500 im Jahr zuvor.

Der Rechnungsabschluss der Zentralkasse weist für das Jahr 1941 einen Verlust von Fr. 96,280.06 auf. Im Voranschlag war mit einem solchen von Fr. 38,850.— gerechnet worden. Der Mehraufwand ist vor allem eine Folge der eingetretenen allgemeinen Teuerung, erklärt sich zum Teil aber auch aus einer Zunahme des Ausgabepostens « Bibliothek und Bildung », der in dem Kassenbericht mit Fr. 14,675.60 figuriert.

An Unterstützungen wurden während des Berichtsjahres geleistet:

Krankengeld	Fr. 75,202.—
Wöchnerinnen	» 2,845.—
Taggelder Arbeitslose	» 2,126.—
Einmalige	» 39,953.—
Rechtsschutz	» 14,024.—
Reiseunterstützung	» 54.—
Abfindungen	» 29,280.—

Die Arbeitslosenversicherungskasse leistete gesamthaft an Taggeldern Fr. 438,672.63, wovon Fr. 381,051.07 an 2198 Totalarbeitslose und Fr. 57,621.56 an 474 Teilarbeitslose. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Leistungsrückgang um Fr. 127,167.52. Diese Entwicklung ist das Ergebnis eines günstigeren Beschäftigungsstandes. Der Rückgang der Inanspruchnahme der Kasse in Verbindung mit gutem Beitragseingang bewirkte, dass die Kasse mit einem als ansehnlich bezeichneten Ueberschuss in Höhe von Fr. 226,034.36 abschliessen kann.

Dem eigentlichen Tätigkeits- und Rechnungsbericht ist eine weit ausholende Abhandlung über «Die Kriegswirtschaft und die Versorgung mit Lebensmitteln» vorausgeschickt, die ein sehr anschauliches Bild von den auf diesem Gebiet ergriffenen Massnahmen vermittelt. Schlussfolgernd wird hierzu unter anderm gesagt: «Die bis heute angeordneten Einschränkungen haben dem Schweizervolke noch keine wirklichen Opfer auferlegt. Wir haben deshalb kein Recht, uns zu beklagen und von Entbehrungen zu sprechen, insbesondere wenn wir unser Schicksal mit demjenigen der Nachbarvölker vergleichen. Diese Feststellungen rechtfertigen jedoch keineswegs einen gefährlichen Optimismus, dem man bei uns nur allzuoft begegnet. Die bis heute für uns günstige Lage ist nicht zuletzt den vor dem Krieg gefassten vorsorglichen Massnahmen zu verdanken. Die Lager sind jedoch nicht unerschöpflich, und wir müssen uns mehr und mehr auf unsere eigenen Versorgungsquellen beschränken. Niemand kann voraussehen, in welchem Masse die Einfuhr eine Ergänzung der inländischen Produktion ermöglichen wird. Wir müssen daher jetzt den Kampf gegen den Hunger aufnehmen, einen Kampf, der Jahre dauern kann ...»

*

Unter dem Vorsitz seines Zentralpräsidenten Leuenberger traten die Delegierten des VHTL. am 30. Mai dieses Jahres in Basel zum neunten ordentlichen Verbandstag zusammen. Es war dies die erste derartige Veranstaltung, die nicht mehr durch den langjährigen Zentralpräsidenten, Kollegen Schifferstein, eröffnet und geleitet wurde. Der Tagung prägten hauptsächlich zwei Referate ihren Stempel auf: dasjenige des Kollegen

Leuenberger über die Tätigkeit des Verbandes während der letzten drei Jahre, und dasjenige des Kollegen Meier über den neuen Programmentwurf, der den Delegierten zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Kollege Leuenberger bot in seinem mehr als zweistündigen Referat manche interessante Ergänzung zu dem schriftlich vorgelegten Tätigkeitsbericht. Einleitend kam er zunächst auf die Schwierigkeiten zu sprechen, denen sich der Verband bei Kriegsausbruch gegenübergestellt sah. Von rund 18,000 männlichen Mitgliedern wurden 8000 bis 10,000 mobilisiert, darunter zahlreiche Funktionäre. Dass in dieser Zeit der Verband intakt erhalten und dass weiter im grossen und ganzen die Beachtung der bestehenden Tarifverträge gewahrt werden konnte, durfte der Redner wohl mit Recht als einen ersten Erfolg bezeichnen. Ausdrücklich anerkannte er, « dass ein grosser Teil unserer Vertragspartner unter den Arbeitgebern sich in jener Zeit loyal und vernünftig verhalten hat ». Zu jener Zeit bestanden in dem Gebiet des Verbandes 180 Tarifverträge, an denen rund 2000 Betriebe mit über 26,000 Arbeitern beteiligt waren. Nicht nur konnten diese verteidigt werden, sondern es gelang noch im Jahre 1939 der Abschluss von weitern sechs Tarifverträgen für etwa 6000 Arbeiter. Weniger befriedigt äusserte sich Leuenberger über die Erfolge, die mit dem im Jahre 1940 einsetzenden Kampfe um Teuerungszulagen erzielt wurden. Für die weitaus grösste Zahl der Arbeiter des Verbandsgebietes sei der Teuerungsausgleich von 50% bis heute noch nicht erreicht worden. Nachdrücklich unterstützte der Referent die Initiative für die Altersversicherung und setzte sich für eine zweckmässige Anwendung des neuen Gesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung ein. Zu allen diesen Fragen nahm der Kongress durch Annahme entsprechender Entschliessungen im Sinne des Referenten Stellung.

Der von Kollege Meier erläuterte Programmentwurf bezweckt, wie der Referent ausführte, der Arbeit des Verbandes neuen Sinn und Inhalt zu geben. Desgleichen verspricht man sich eine Erleichterung der Propaganda unter den noch Unorganisierten. Der vorgelegte Text, von dem Meier erklärte, dass « dabei nicht in erster Linie Marx, sondern die tatsächliche Lage konsultiert » wurde, fand die fast einstimmige Zustimmung des Kongresses. Das neue Programm ist in fünf Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt steckt das Wirkungsgebiet des Verbandes ab, der zweite betont die kameradschaftliche Verbundenheit mit der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, während im dritten die Aufgaben aufgezählt sind, die sich der Verband zur Wahrung der Mitgliederinteressen steckt. Seine besondere Bedeutung erhält das neue Programm zweifellos durch den Inhalt der Abschnitte IV und V, die darum hier im Wortlaut wiedergegeben seien:

«IV. Der VHTL. bekennt sich mit seiner gesamten Mitgliedschaft zur freien, demokratischen und unabhängigen Schweiz. Er unterstützt alle Bestrebungen und Kräfte, die geeignet sind, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes sicherzustellen, um dadurch dem ganzen Volke die sozialen Einrichtungen und der Arbeiterschaft den weiteren Aufstieg zu garantieren.

In den auf freiwilliger Basis zustandegekommenen Gesamtarbeitsverträgen erblickt er ein wichtiges und taugliches Instrument zur Verbesserung der Existenz seiner Mitglieder und zur Verhinderung sozialer Konflikte. Mit den zur Verständigung bereiten Arbeitgebern und Behörden sollen alle die Lage der Arbeiterschaft betreffenden und deren Fortschritt dienenden Fragen einer Lösung entgegengeführt werden. Die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten betrachtet er als eine seiner dringendsten Aufgaben. Es kann dies nach der Ueberzeugung des VHTL. nur durch eine den Interessen der Landesversorgung, der schweizerischen Exportindustrie, dem Fremdenverkehr usw. dienende produktive Arbeitsbeschaffung geschehen sowie durch den Ausbau der LABEL-Organisation auf breitester Basis und der endlichen Verwirklichung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

So bereit der VHTL. ist, mit der aufgeschlossenen Arbeitgeberschaft auf dem Weg der Verständigung das Problem des gerechten Anteils der Arbeitnehmer am Ertrag der Arbeit einer Lösung entgegenzuführen, so unerbittlich ist der VHTL. gewillt, von allen seinen Kampfmitteln (Streik, Boykott usw.) gegen den sozial rückständigen Arbeitgebertyp Gebrauch zu machen.»

«V. Der VHTL. ist sich bewusst, dass mit der Verwirklichung dieser Postulate nur eine teilweise Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme erreicht wird. Er bezeichnet als Ursache von Krieg und Krisen, von Bedrängnis und Not der arbeitenden Bevölkerung das gegenwärtige Wirtschaftssystem, welches ausserdem der Arbeiterschaft Mitspracherecht und Gleichberechtigung vorenthält. An Stelle der gegenwärtigen Wirtschaft erstrebt er daher die wirtschaftliche und soziale Demokatie. Der VHTL. verpflichtet sich, an der Gestaltung einer solchen Ordnung mit allen einsatzbereiten, aufbauwilligen und auf dem Boden der Demokratie stehenden Kreisen zusammenzuarbeiten. Er stellt im Rahmen seiner Statuten alle Kräfte in den Dienst dieser Aufgaben unter völliger Wahrung seiner Selbständigkeit, parteipolitischen Unabhängigkeit und religiösen Neutralität.»

Ausserdem beschloss der Verbandskongress eine längere Reihe von Statutenänderungen.

Die Wahlen der leitenden Verbandsbehörden ergaben in geheimer Abstimmung durchweg Zustimmung zu den dem Verbandstag vorgelegten Vorschlägen. Fast einstimmig wurden Kollegen Leuenberger als Zentralpräsident, Deininger als Vizepräsident, und Schneiter als Zentralkassier gewählt.

Der Schweizerische Typographenbund im Jahre 1941.

Von einer äusserst regen, sich ganz abseits des Tageslärms vollziehenden Tätigkeit zeugt der sehr lebendig gehaltene Bericht des Schweizerischen Typographenbundes (STB.) über die Verrichtungen im vergangenen Jahr. Ein Vorwort lenkt den

Blick zunächst auf das grosse blutige Weltgeschehen, den sich wie eine Seuche immer weiter fressenden Krieg, um dann auf die engere Umgebung überzuleiten. Hierbei wird hinsichtlich des heimischen Buchgewerbes festgestellt, dass die Situation im dritten Kriegsjahr sich gegenüber dem zweiten nicht verschärft habe. Dieser beruhigenden Feststellung folgen aber sofort Hinweise auf Schwierigkeiten, denen das schweizerische Buchgewerbe sich mehr und mehr ausgesetzt sieht. Namentlich zeige sich dies bei der Beschaffung von Schriftmaterial aus dem Ausland und in der Fabrikation von Druckfarben, wo sich eine zunehmende Verknappung von Leinöl sowie von Harz, das nun kontingentiert wurde, geltend mache. Russe für die Fabrikation von schwarzen Farben seien nur noch in geringeren Qualitäten aufzutreiben, und von bunten Farbstoffen seien verschiedene Sorten überhaupt nicht mehr erhältlich. Der Qualitätsschwund sei bei den neuen Farben « in die Nase springend ». « Sollte es so weit kommen », so fährt der Bericht fort, « dass Papier und Druckfarben rationiert werden müssen, so würde dies äusserst ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt zeitigen. »

Hinsichtlich der Verbandsentwicklung wird zusammenfassend bemerkt: « Unser Verband ist auch im abgelaufenen Jahr den vorgezeichneten Weg gegangen und hat trotz der Ungunst der Zeit eine weitere Stärkung erfahren. Sein Hauptaugenmerk galt begreiflicherweise dem Lohnproblem. Trotzdem es unter zwei Malen gelang, die Teuerungszulagen zu erhöhen, ist der Ausgleich im Verhältnis zur wirklichen Teuerung doch noch ungenügend. Die Arbeiterschaft muss von den Behörden verlangen, dass sie alles vorkehren, damit die Preise und Löhne nicht allzu stark auseinanderfallen. Die Opfer, welche der Krieg unserm Lande auferlegt, sollen und müssen gerecht verteilt werden, sonst wird die Einigkeit im Volk gefährdet und der Widerstandswille geschwächt. Die Schaffung eines eidgenössischen Lohnamtes, wie es von den Gewerkschaften verlangt wird, würde dem Lande sicherlich dienlich sein. »

Die Mitgliederbewegung zeigt eine Zunahme um 71 Mitglieder, womit der Verband am Ende des Berichtsjahres einen Stand von 7361 erreichte. Eine gegen Ende Dezember gestartete Werbeaktion unter den Hilfsarbeitern habe bis jetzt nicht das erhoffte Ergebnis erbracht. Viele Hilfsarbeiter fänden die Beiträge zu hoch und seien daher nur schwer zu dem Eintritt in den Verband zu bewegen. Die im Vordergrund stehende Schaffung eines Gesamtarbeitsvertrags für das Hilfspersonals dürfte nach seiner Verwirklichung den Unorganisierten vielleicht zeigen, « dass der Arbeiter nichts vom Himmel erwarten darf, sondern sich selber helfen muss. »

Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund wird bezeugt, dass er auch im Berichtsjahr « eine erfreuliche Tätigkeit

an den Tag gelegt » habe. Nicht zuletzt sei es ihm zuzuschreiben, dass die Ansätze in der Lohnausgleichskasse erhöht und den Arbeitslosen Teuerungszulagen gewährt wurden, die allerdings noch nicht genügend seien.

Aufschlussreich ist eine Aufstellung über vertragstreue und nicht vertragstreue Firmen. Es geht daraus hervor, dass von 1301 Firmen des Landes 1138 der ersteren Kategorie, 163 der letzteren angehören. Am ungünstigsten ist das Verhältnis in Genf, wo 57 vertragstreuen Firmen 26 nichtvertragstreue gegenüberstehen. Ferner enthält der Bericht eine das ganze Land umfassende Zusammenstellung über die Personalverhältnisse und die Zahl der in den einzelnen Betrieben aufgestellten Maschinen.

Ermunternd lautet der Bericht des Bildungsverbandes Schweizerischer Buchdrucker. Trotz aller Kriegswirrnisse sei die erfreuliche Beobachtung zu machen, dass die Bildungsbestrebungen der Buchdrucker gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Belebung erfahren haben. « Allerorten », so liest man in dem Bericht, « und nicht zuletzt in den kleinen Vereinigungen, war der Wille zur Weiterbildung gross. Wir freuen uns besonders, dass sich immer wieder Freunde der Bildungsarbeit zu einer erspriesslichen Tätigkeit bereitfinden, gleich den Läufern von Marathon, wo einer dem andern die brennende Fackel weitergibt. Denn was ist unser Leben anders als ein Weitergeben von Erfahrungen an jene, die nach Wissen dürsten und die bejahend allen Fährnissen zum Trotz nicht wanken und nicht müde werden. Und dieses arbeitsfreudige Leben in den Vereinigungen kann nicht ohne Widerhall auf die Tätigkeit im ZV. sein. Es ist eine Belohnung für viele in der Stille getane Arbeit des ZV. und damit auch ein Ansporn zu weiterem Wirken. » Dem BSB. gehörten am Jahresende 1410 Mitglieder an, was einer Zunahme um 60 Mitglieder gleichkommt.

Die Allgemeine Kasse verzeichnet an Einnahmen Fr. 533,661.29, wovon auf ordentliche Mitgliederbeiträge Franken 226,848.40, auf Extrabeiträge Fr. 114,071.50, und auf den Markenverkauf der sich eines ausserordentlich guten Zuspruchs erfreuenden Reisekasse Fr. 120,600.— entfallen. Die Ausgaben bezifferten sich auf Fr. 543,266.19, so dass ein Betriebsdefizit von Fr. 9604.90 verbleibt, wodurch sich das Vermögen auf Franken 916,533.85 vermindert. Unter den Ausgaben seien folgende Posten hervorgehoben: Unterstützungen Fr. 116,281.35, darunter Arbeitslosenunterstützung ohne Subvention Fr. 111,295.85, Zeitschriften Fr. 132,924, Verwaltungskosten Fr. 60,867.33, Verbandsgabe an Wehrmänner Fr. 28,580, Verbandsgabe an Invalide Fr. 14,560.—, Markenbezug bei der Reisekasse Fr. 129,980.— (in diesem Zusammenhang sei bemerkt, dass der Verband die auf 1 Franken lauten-

den Reisemarken zu 90 Rappen an die Mitglieder abgibt und da sie ihn selber 97 Rappen kosten, also 7 Rappen zuschiesst, was die Allgemeine Kasse im vergangenen Jahr mit Fr. 9380.— belastete). Auch entnimmt man dem Bericht in diskreter Form, dass « der Wille zu helfen, wo es nottut, den wir von unsern Alten ererbt haben, selbst bei den Landesgrenzen nicht Halt gemacht hat, indem ebenfalls Mitglieder ausländischer Verbände unterstützt wurden. Die internierten französischen Kollegen haben zu Beginn des Jahres unser gastliches Land verlassen, nicht ohne vorher dem STB. für seine Hilfe zu danken. Dem Bericht über eine Sitzung des Bundeskomitees des französischen Bucharbeiterverbandes entnehmen wir folgende Stelle: « Für den Moment können wir nichts anderes und nichts Besseres tun, als mit Dankbarkeit die Erklärung der demobilisierten Kollegen, die in der Schweiz interniert waren, registrieren, dass sie vom STB. eine tägliche Unterstützung erhielten. »

Die Krankenkasse, die in den letzten zwei Jahren beträchtliche Defizite hatte, weist diesmal einen bescheidenen Ueberschuss von Fr. 11,309.54 auf. Die Einnahmen bezifferten sich auf Fr. 467,649.88, die Ausgaben auf Fr. 456,340.34.

Bedeutend besser als das letzte Jahr schliesst auch die Invalidenkasse ab. An Beiträgen gingen Fr. 806,357.— ein, wozu noch Fr. 243,513.10 an Kapitalzinsen kommen. Die Unterstützungen erreichten den ansehnlichen Betrag von Fr. 823,381.50. Infolge des günstigen Abschlusses wuchs das Vermögen der Invalidenkasse auf Fr. 6,517,314.71 an. Im Durchschnitt betrug die Jahresrente Franken 1432.62.

Auch die Arbeitslosenkasse verzeichnet einen Betriebsüberschuss, der mit Fr. 39,435.35 allerdings etwas weniger hoch ist als im Vorjahr. Die Beiträge betrugen Fr. 175,630.10, die Subventionen Fr. 143,264.59. Die Ausgaben bezifferten sich auf Fr. 425,292.19. Vermögensstand am Jahresende: Fr. 656,313.87.

Von den Mitgliedern waren im Jahresdurchschnitt 1028 mobilisiert. Der Jahresdurchschnitt an Arbeitslosen betrug 356 gegenüber 282 im Vorjahre.

*

Der Verbandstag wurde dieses Jahr in Vevey abgehalten und am 13. Juni von dem Zentralpräsidenten, Kollege Huber, eröffnet, der u. a. feststellte: Die Tarifpolitik des STB. hat sich auch in der schwersten Zeit bewährt. Der Geschäftsbericht wurde nach ergänzenden Erklärungen des Kollegen Leuenberger einstimmig genehmigt, desgleichen nach gewalteter kurzer Aussprache der Kassenbericht. Kollege Leuenberger referierte ferner über alle Fragen, die mit der Invalidenkasse zusammenhängen. Im übrigen war die Tagung hauptsächlich mit der Beratung von An-

trägen angefüllt. Die Stellungnahme zu den Tagesfragen wurde in zwei einstimmig angenommenen Resolutionen folgenden Wortlauts zum Ausdruck gebracht:

I.

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Typographenbundes vom 13./14. Juni in Vevey stellt fest, dass die Lebenshaltungskosten weiterhin in beängstigender Weise steigen und dass die bis jetzt im Buchdruckergewerbe erfolgte Lohnanpassung ungenügend ist. Mit jeder weiteren Preiserhöhung sinkt das Realeinkommen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Die Versammlung beauftragt daher die Verbandsleitung, sofort die nötigen Schritte beim Schweizerischen Buchdruckerverein zu unternehmen, damit ein weiterer Ausgleich erfolgt, der zusammen mit den bisher gewährten Zulagen mindestens die Hälfte der 40prozentigen Teuerung betragen soll, wie er übrigens von der eidgenössischen Lohnbegutachtungskommission befürwortet wird.

Falls die Preise nicht gestoppt werden können, erachtet die Versammlung die Aufrechterhaltung des Grundsatzes des hälftigen Teuerungsausgleiches als nicht mehr tragbar und behält sich vor, eine höhere Ausgleichsquote zu verlangen.

II.

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Typographenbundes begrüsst die Bestrebungen, die gegenwärtig von verschiedenen politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen zum Zwecke der Ueberführung der Lohnausgleichskassen nach dem Kriege in eine Altersversicherung unternommen werden. Sie bedauert die Stellungnahme, welche der Bundesrat in dieser Frage einnimmt.

Die Versammlung empfiehlt allen ihren Mitgliedern, das lancierte Volksbegehren zu unterschätzen, damit endlich eines der berechtigtsten Sozialwerke verwirklicht werden kann.

Unter «Verschiedenem» orientierte Kollege Leuenberger über das abgeänderte Reglement der Angestelltenversicherung.

Kriegswirtschaftliche Massnahmen des Bundes im ersten Halbjahr 1942.

Abkürzungen: BR = Bundesrat.
BRB = Bundesratsbeschluss.
EVD = Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement.

13. Januar 1942. Durch BRB werden den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Bundes im Jahre 1942 zum teilweisen Ausgleich der seit Kriegsausbruch eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung Teuerungszulagen ausgerichtet. Sie zerfallen in die Grundzulage und in den Kinderzuschuss.

Die Grundzulage entspricht grundsätzlich dem Betrag des nach BRB vom 30. Mai 1941 über die vorläufige Neuordnung der Bezüge und der Versicherung des Bundespersonals verbliebenen Abbaus von acht vom Hundert.

„Eigentum des Vorstandes der SPD"